

Nr. **XIX. GP-NR**
579 NJ
1995 -02- 0 9

A N F R A G E

der Abgeordneten Ing. Reichhold, KR Schöll, DI Schögl
und Kollegen
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend

die Wohnsituation im Bundesland Kärnten

Tausende Kärntnerinnen und Kärntner suchen seit Jahren für sich und ihre Familien erfolglos geeignete Wohnungen.

- In dieser angespannten Situation am Kärntner Wohnungsmarkt kommt dem Bericht des Rechnungshofes über die Prüfung einer der größten gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften Kärntens, der Neuen Heimat in Klagenfurt, naturgemäß außergewöhnliche Bedeutung zu.

Der Rechnungshof stellte bei seiner jüngsten Prüfung vom September 1994 fest, daß die Neue Heimat Erträge aus Miet- und Zinszahlungen ihrer Mitglieder seit mehreren Jahren verstärkt für den Kauf von Wertpapieren verwendet habe, statt das verfügbare Geld wiederum in den sozialen Wohnbau zu investieren.

So habe das Wertpapierdepot der Neuen Heimat im Jahr 1989 15 Millionen Schilling betragen, vier Jahre später seien bereits mehr als 130 Millionen Schilling auf diese Art veranlagt worden.

Laut Rechnungshof benötige die Neue Heimat zur Erhaltung ihrer Liquidität rund 170 Millionen Schilling ständig verfügbare Guthaben auf Banken bzw. in Form von Wertpapieren. Tatsächlich aber habe die Neue Heimat insgesamt 315 Millionen Schilling "auf der hohen Kante" und entzöge diese damit dem Wohnbau.

- Um der auch in Kärnten im stärker spürbaren Wohnungsnot wirksam entgegensteuern zu können, beschloß der Kärntner Landtag am 13. September 1994 einstimmig den Bund aufzufordern, zusätzliche Geldmittel in Form einer "Bundeswohnbaumilliarde" für die Schaffung von Wohnraum in den Bundesländern bereitzustellen.

Um Aufklärung über die Wohnsituation im Bundesland Kärnten, über die Verwendung von finanziellen Mitteln durch die Neue Heimat und über die Verfügbarkeit der vom Kärntner Landtag geforderten "Bundeswohnbaumilliarde" zu erhalten, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten nachstehende

A n f r a g e

1. Wie groß ist der gegenwärtige gesamte Wohnungsbedarf im Bundesland Kärnten?
2. Wie entwickelte sich der Wohnungsbedarf in Kärnten in den Jahren 1989 bis 1994?
3. Wie viele Wohnungssuchende waren in den Jahren 1989 bis 1994 in Kärnten bei Gemeinden und gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften vorgemerkt?
4. Wie entwickelte sich die Zahl der erteilten Baugenehmigungen in den Jahren 1989 bis 1994?
5. Wie entwickelte sich die Bauleistung im Bundesland Kärnten in den Jahren 1989 bis 1994?
In welchem Verhältnis waren die einzelnen Bauträger (Private, Genossenschaften, gewerbliche Bauträger, Gemeinden, ...) an der Bauleistung beteiligt?
6. Was ist aus dem oft versprochenen Kärntner Sonderwohnbauprogramm geworden?
 - a. Wann wurde mit der Umsetzung des Kärntner Sonderwohnbauprogrammes begonnen?
 - b. Welche Erfolge hat das Kärntner Sonderwohnbauprogramm bisher erbracht?
 - c. Welche Ziele werden mit dem Kärntner Sonderwohnbauprogramm in den nächsten Jahren verfolgt?
7. Welche Mittel wurden vom Bund an Kärnten in den Jahren 1989 bis 1994 für den Wohnbau vergeben?
8. Wurde vom Land Kärnten entsprechend dem einstimmigen Beschluß des Kärntner Landtages vom 13. September des Vorjahres die Forderung nach zusätzlichen Geldmitteln für die Schaffung von Wohnraum in den Bundesländern an den Bund herangetragen,
und wenn ja,
 - a. welche Beträge werden vom Land Kärnten gefordert?
 - b. haben Sie dem Land Geldmittel aus dem Budget Ihres Ressorts zugesagt,
und wenn ja,
in welcher Höhe ist dies der Fall?
 - c. sind seit dem September 1994 bereits zusätzliche Geldmittel nach Kärnten geflossen?
9. Ist Ihnen der Bericht des Rechnungshofes vom September 1994, in welchem die Neue

Heimat wegen der Veranlagung von Wohnbaugeldern in Bundesanleihen kritisiert wird bekannt,
und wenn ja,

- a. halten Sie diese Form des Hortens von Wohnbaugeldern für vertretbar und dem gesetzlichen Auftrag der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften entsprechend?
 - b. was haben sie unternommen, um die Neue Heimat zur Auflösung ihrer gehorteten Wohnbaugelder und zu Zuführung dieser Rücklagen an den Wohnbau zu bewegen?
 - c. hat die Neue Heimat bereits damit begonnen, ihre Rücklagen aufzulösen?
 - d. hat der Revisionsverband der Wohnbaugenossenschaften bei den regelmäßigen Prüfungen der Neuen Heimat festgestellt, daß diese Wohnbaugelder in unzumutbarer Höhe hortet und wenn nein, erachten Sie den Revisionsverband der gemeinnützigen Genossenschaften als ausreichende und geeignete Instanz zur Überprüfung der Gebarung der Genossenschaften?
10. Welche Bundesgebäude in Kärnten werden von der BIG verwaltet?
11. Werden Bundeswohnungen, die in Kärnten von der BIG verwaltet werden, in absehbarer Zeit den Mietern zum Kauf angeboten werden und wenn ja,
- a. um wieviele Wohnungen an welchen Orten handelt es sich dabei?
 - b. wann wird dies der Fall sein?